

Der Amoklauf und die Folgen

Vor rund drei Wochen starben beim Amoklauf in Winnenden 16 Menschen. Darunter auch der 17-jährige

Täter. Die Bluttat hat Folgen - auch in Hannover. Denn in den vergangenen Tagen haben Trittbrettfahrer hier ähn-

liche Taten angekündigt. Gegen die gehen Polizei und Justiz jetzt konsequent vor. Diskutiert wird zudem über

Schützenvereine - das ist besonders in der Stadt, die das weltgrößte Schützenfest ausrichtet, ein Thema.

Und auch sogenannte Paintball-Sportler, die mit Markierungskugeln aufeinander schießen, stehen in der Kritik.

Nach dem Drama von Winnenden: 34 Trittbrettfahrer in Hannover. Polizei schreibt 19 Anzeigen. Minister warnt Verfasser.



Uwe Binias

VON MIRJANA CVJETKOVIC

HANNOVER. Alarmierende Zahlen: Seit dem Amoklauf in Winnenden am 11. März registrierte die Polizeidirektion Hannover 34 Androhungen von Amokläufern. Zum Vergleich: Bis zu diesem Zeit-

punkt des Jahres waren es nur vier Ankündigungen gewesen.

Ein 15-jähriger Trittbrettfahrer sorgte mit einem erschreckenden Auftritt in einer Seelzer Schule für Furore: Er stürmte am 16. März verummt in einen Klassen-

raum und schrie herum. In einem anderen Fall stellten zwei 15-Jährige eine Amokdrohung ins Internet. Sie wollten nur sehen, wie lange die Polizei braucht, gaben sie später zu. Nach drei Stunden stürmten Fahnder ihr Zimmer.

19 Trittbrettfahrer erwartet nun eine Anzeige wegen Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten. Wohnungen und Zimmer wurden durchsucht, zudem wiesen Polizisten die Täter auf die Gefährlichkeit ihres Handelns hin. In einigen

Fällen zogen Beamte Schulpsychologen hinzu.

Polizeipräsident Uwe Binias betont, dass Amokdrohungen „weiterhin ein ernstzunehmendes Thema sind“. Zudem warnt der 52-Jährige vor möglichen Konsequenzen: „Neben einer strafrechtlichen

Verfolgung können die Kosten eines Einsatzes Tätern in Rechnung gestellt werden.“ Je nach Aufwand können diese „bis zu mehreren tausend Euro betragen“. Laut Polizei und Staatsanwaltschaft gingen an Bildungsstätten aller Schulformen Drohungen ein-

neben Haupt-, Real-, Berufs- und Gesamtschulen auch an Gymnasien.

Vor der Verharmlosung solcher Taten warnt Niedersachsens Justizminister Bernd Busemann. Der Minister hebt hervor, dass es sich nicht um Mitläufer oder Nutznießer,

sondern um Straftäter eigener Qualität und Verantwortlichkeit handelt. Niedersachsenweit wurden laut Landeskriminalamt 118 Meldungen registriert. Zumeist wurden die Drohungen in Chaträumen und Netzwerken oder per SMS verkündet.